

Anlage zum Tagesordnungspunkt 5 und 7

Leitantrag

„Zukunft der Bildung – Bildung der Zukunft“

13. Kleiner Landesparteitag der CDU Berlin

am 10. März 2015

BESCHLUSSVORLAGE

Zukunft der Bildung – Bildung der Zukunft

Bildung ist der Schlüssel für ein selbstbestimmtes und verantwortungsbewusstes Leben und zugleich die entscheidende Investition in unsere Zukunft. Das gilt für jeden einzelnen Menschen wie auch für unsere Gesellschaft insgesamt.

Die CDU Berlin sieht Bildung als Auftrag, jedem einzelnen Kind zu helfen, seine Persönlichkeit und seine Fähigkeiten zu entwickeln und es damit zu einer eigenverantwortlichen Lebensgestaltung hinzuführen. Die individuellen Fähigkeiten und Talente jedes Kindes müssen dabei von Anfang an gezielt gefördert werden. Unser Ziel ist es, durch ein leistungsfähiges und gerechtes Bildungssystem eine bessere Bildung für alle zu ermöglichen.

Bildung auf einen besseren Weg gebracht

Aufgrund unserer Mitsprache in Senat und in der Koalition im Abgeordnetenhaus ist es gelungen, die Bildungspolitik in Berlin wieder pragmatischer zu gestalten und bessere Lehr- und Lernbedingungen an den Berliner Schulen zu schaffen.

Die CDU hat das Ende der Früheinschulung durchgesetzt. Damit haben wir in dieser sensiblen Frage dem Elternwillen, der durch die von Jahr zu Jahr gestiegenen Rückstellungsanträge deutlich wurde, endlich Rechnung getragen. Wir sind der Überzeugung, dass es nicht sein darf, dass ein Kind unreif zum Schulbesuch verpflichtet wird oder durch eine zu frühe Einschulung Nachteile in seiner schulischen Entwicklung erleidet.

Auch die Abschaffung des Zwangs zum jahrgangsübergreifenden Lernen (JüL) hat die CDU durchgesetzt, weil wir auf die freie und verantwortliche Entscheidung der Schulen bei pädagogischen Konzepten setzen. Weit über die Hälfte der Grundschuleingangsklassen haben sich seither von dieser unausgegorenen Reform verabschiedet.

35 Um Familien zu entlasten und kurze Schulwege zu ermöglichen, haben wir
36 beim Übergang zur Oberschule den Vorrang von Geschwister- und
37 Bezirkskindern eingeführt. Mit der Sicherstellung der Hortbetreuung in den
38 Klassen 5 und 6 sowie dem weiteren Ganztagsausbau der Oberschulen
39 erleichtern wir vielen Berliner Eltern die Organisation von Familie und Beruf.
40 Auch die von uns geforderte Einführung eines Beratungsgesprächs beim
41 Übergang in das Gymnasium ab einem Notendurchschnitt von 3,0 dient
42 dazu, Eltern und Schüler bei der Schulwahl besser zu unterstützen.

43
44 Lehrerinnen und Lehrer sind aus unserer Sicht nicht nur „Lernbegleiter“,
45 sondern stehen im Zentrum der Unterrichtsgestaltung. Die zunehmende
46 Heterogenität der Schülerschaft sowie die Übertragung immer
47 umfangreicherer Erziehungsaufgaben an die Schule stellen zunehmend
48 höhere Anforderungen an unsere Pädagoginnen und Pädagogen. Deshalb
49 haben wir als Verbesserungen für sie z. B. die (Wieder-) Einführung der
50 Stundenreduktion für ältere Lehrkräfte, (die Einstellung von
51 Verwaltungsleitern und Hausmeisterassistenten), die Einführung eines
52 Fortbildungstages und höhere Praxisanteile in der Lehrerausbildung an den
53 Schulen durchgesetzt. Grundsätzlich halten wir die Absenkung der
54 Klassenfrequenzen für notwendig, um die Belastung der Lehrkräfte zu
55 reduzieren und gleichzeitig eine intensivere Betreuung jedes einzelnen
56 Schülers zu erreichen.

57

58 **Auf Grundlage ihrer Überzeugungen verfolgt die CDU folgende Ziele:**

59

60 **1. Vielfalt der Bildungslandschaft erhalten**

61

62 Die CDU Berlin bekennt sich zu einem **vielfältigen, differenzierten und**
63 **durchlässigen Bildungsangebot.** Die beiden Säulen des Berliner
64 Schulsystems bilden eine gute Grundlage für den Übergang in vielfältige
65 Bildungs- und Lebenswege, müssen aber in ihren Profilen – Vorbereitung auf
66 die berufliche Ausbildung und Vorbereitung auf die akademische Ausbildung
67 – weiter geschärft werden.

68

69 Schulen in freier und privater Trägerschaft ergänzen und bereichern das
70 staatliche Schulsystem. Vor allem im internationalen und beruflichen Bereich
71 sichern sie das vielfältige Bildungsangebot. Deshalb setzen wir uns für eine
72 mit den öffentlichen Schulen vergleichbare Finanzierung für Schulen in freier
73 und privater Trägerschaft ein.

74
75 Berlin bietet heute vielen Menschen aus der ganzen Welt vorübergehend
76 Arbeit oder sogar eine neue Heimat, die Berliner Schülerschaft ist um ein
77 Vielfaches bunter geworden. Diesen kulturellen und sprachlichen Schatz gilt
78 es zu heben und im Berliner Bildungsangebot zu reflektieren. Insbesondere
79 für die aus dem Ausland zuziehenden Fachkräfte sind international
80 ausgerichtete Bildungseinrichtungen ein elementarer Faktor bei der
81 Standortentscheidung. Daher setzt sich die CDU Berlin dafür ein, **Schulen
82 mit europäischem und internationalem Profil dauerhaft zu sichern und
83 auszubauen.**

84
85 Aus Sicht der CDU Berlin sollte die stärkere Einbeziehung von Kindern mit
86 Förderbedarf den Regelunterricht dem Ansatz „**So viel Inklusion wie
87 möglich – so viel individuelle Förderung wie nötig**“ folgen. Sie sollte sich
88 außerdem an den (u.a. von Sanierungsstau und Raumnot gekennzeichneten)
89 Berliner Realitäten orientieren und anhand von Best-Practice-Beispielen
90 pragmatisch und Schritt für Schritt vollzogen werden.

91
92 Das Wohl des Kindes und die **Wahlfreiheit der Eltern** haben für die Berliner
93 CDU Priorität. Schulische Inklusion ist der richtige Weg für mehr
94 Teilhabechancen von Kindern mit Förderbedarf, sie ist aber kein Selbstzweck.
95 Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf müssen in ihrer Besonderheit
96 ernst genommen werden. Es bedarf einer frühzeitigen Diagnose durch
97 Experten und einer individuellen Förderung aller Kinder, um deren
98 Persönlichkeit umfassend zur Entfaltung bringen zu können und ihnen bei
99 der Bewältigung ihres Alltags bestmöglich zu helfen. Gleichzeitig müssen
100 Eltern von Kindern mit besonderem Unterstützungsbedarf weiterhin die
101 Wahl und Möglichkeit haben, die für ihr Kind geeignetste Schulform zu
102 wählen und im Interesse ihrer Kinder von den Vorteilen und Möglichkeiten
103 der speziellen Förderzentren zu profitieren.

104

105 Berlin verfügt über ein gut ausgebautes Netz an Förderinstitutionen mit gut
106 ausgebildeten Sonderpädagogen. Diese Struktur sollte mit dem Ziel einer
107 stärkeren Vernetzung untereinander und einer besseren Durchlässigkeit zu
108 den Regelschulen weiterentwickelt werden. Wir fordern daher eindringlich,
109 **ein ausreichendes Angebot an Förderzentren** für alle Förderbedarfe mit
110 angemessener Personalausstattung aufrechtzuerhalten.

111

112 2. Priorität Schulsanierung und -neubau

113

114 Erfolgreiches Lehren und Lernen braucht Schulgebäude, die einladend sind
115 und das Lernen unterstützen. **Aus Sicht der CDU Berlin müssen**
116 **Schulsanierungen daher bei den Investitionen des Landes und der Bezirke**
117 **Priorität haben.** Die CDU hat deshalb die Mittel des Schul- und
118 Sportanlagenanierungsprogramms verdoppelt, ein
119 Schultoilettensanierungsprogramm aufgelegt und sich dafür eingesetzt, dass
120 freiwerdende Bafög-Mittel und zusätzliche Investitionsmittel vorrangig in
121 Schulsanierungen fließen. **2015/2016 wird eine Rekordsumme von rd. 200**
122 **Millionen Euro für diese Schulsanierungen bereitstehen.**

123

124 Die Gründe des Sanierungsstaus an den Berliner Schulen sind aber nicht nur
125 finanzieller Art, sondern auch in Personalproblemen und den Strukturen und
126 Finanzbeziehungen der zweistufigen Verwaltung begründet. Deshalb schlägt
127 die CDU Berlin vor, eine **Arbeitsgruppe aus Experten „Zukunft**
128 **Schulsanierung und -bau“** zur Überarbeitung der Vorschriften und
129 Regelungen auf der Landes- und Bezirksebene einzusetzen. Die
130 Empfehlungen der Arbeitsgruppe sollen dazu dienen, den tatsächlichen
131 Sanierungsbedarf anhand transparenter und einheitlicher Kriterien zu
132 ermitteln, Sanierung und Bau von Schulen schneller und unkomplizierter zu
133 ermöglichen und bestehende Schulbauten besser zu nutzen und zu
134 unterhalten.

135

136 **3. Gute Grundlagen legen**

137

138 Die Berliner Kindertagesstätten erheben den Anspruch,
139 Bildungseinrichtungen zu sein. In diesem Zusammenhang ist für die CDU
140 Berlin die zuverlässige **Entwicklung der Sprachkompetenz** der Kita-Kinder
141 von höchster Bedeutung, weil diese Kompetenz maßgeblich über die
142 Bildungschancen von Kindern entscheidet. Für eine effektive
143 Sprachförderung und Steigerung der Sprachkompetenzen der Berliner Kinder
144 braucht es speziell für die Sprachvermittlung geschulte Mitarbeiterinnen und
145 Mitarbeiter in ausreichender Anzahl, die direkt mit den Kindern arbeiten,
146 sowie geeignete organisatorische Strukturen und abgesicherte Konzepte zur
147 Bewertung des Lernfortschritts.

148

149 Die CDU ist wie viele Eltern und Schulpraktiker der Überzeugung, dass die
150 Abschaffung der **Vorschule/Vorklassen** durch Rot-Rot ein Fehler gewesen
151 ist. In ihnen wurde sichergestellt, dass angehende Schülerinnen und Schüler
152 das notwendige sprachliche, kognitive und motorische Rüstzeug für den
153 Schulunterricht mit auf den Weg bekommen haben. Daher sprechen wir uns
154 für die Wiedereinführung der bewährten Vorschulstrukturen aus.

155

156 Die Berliner Grundschule hat im bundesweiten Vergleich durch ihre
157 vergleichsweise lange Dauer von sechs Jahren eine Sonderstellung. Um unter
158 anderem auch bundesweite Anschlussfähigkeit zu gewährleisten, kommt den
159 Klassen 5 und 6 der Grundschule deshalb besondere Bedeutung zu. Es muss
160 daher sichergestellt sein, dass der **Fachunterricht in den Klassen 5 und 6 auf**
161 **dem Niveau einer weiterführenden Schule und von ausgebildeten**
162 **Fachlehrern erteilt wird.**

163 Die CDU Berlin tritt dafür ein, allen Gymnasien, die dies wollen, die
164 Möglichkeit zu eröffnen, **ab der 5. Klasse ein Lernangebot** zu machen.

165

166 Es ist verbreitete Praxis, dass Plätze an übernachgefragten weiterführenden
167 Schulen zu 60% in erster Linie nach dem Notendurchschnitt des
168 Abschlusszeugnisses der Grundschule vergeben werden. Aus Gründen der
169 Gerechtigkeit fordern wir, **dass die Abschlüsse in Klasse 6 der Grundschule**
170 **vergleichbar sein müssen** und sprechen uns für zentrale Klassenarbeiten in

171 den Kernfächern in der 6. Klasse aus (Lernabschlussuntersuchung 6). Eine
172 Lernabschlussuntersuchung soll im ersten Halbjahr der 6. Klasse erfolgen,
173 nach einem einheitlichen Korrekturschlüssel bewertet werden und doppelt in
174 die Halbjahresnote eingehen.

175

176 4. Gymnasien stärken und weiterentwickeln

177

178 Die CDU Berlin steht als einzige Partei im Berliner Abgeordnetenhaus
179 ausdrücklich und uneingeschränkt für den Erhalt des Gymnasiums. Wir
180 wollen, dass die Erfolgsgeschichte des Gymnasiums - nämlich vielen Schülern
181 den Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen, ohne am Leistungskriterium
182 Abstriche vorzunehmen – auch in Berlin fortgesetzt wird. Die Bemühungen
183 der SPD und der anderen im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien richten
184 sich einseitig auf die Integrierte Sekundarschule (ISS) und die
185 Gemeinschaftsschule. Aus Sicht der CDU besteht jedoch eine hohe
186 Notwendigkeit, das Berliner Gymnasium zu stärken und weiterzuentwickeln,
187 damit es seinen Platz im Zwei-Säulen-System auch in Zukunft gut ausfüllen
188 kann.

189

190 Hierzu schlagen wir Folgendes vor:

191

192 Der strukturelle Nachteil der Gymnasien gegenüber den ISS muss endlich
193 beseitigt werden. Daher fordern wir, dass den Berliner Gymnasien in den
194 Jahrgangsstufen 7 bis 10 **mindestens so viele Teilungsstunden wie den**
195 **Oberschulen (ISS)** gewährt werden. Schulpraktiker berichten einhellig, dass
196 das Lernen in kleineren Gruppen für das Erreichen besserer Leistungen,
197 gerade auch in den Naturwissenschaften und Fremdsprachen, enorm wichtig
198 ist. Wir wollen, dass auch Gymnasiasten durch zeitweiliges Lernen in
199 Kleingruppen ihre Leistungen steigern können.

200

201 Das Gymnasium ist DIE Schulform für lernbegabte Kinder und zur
202 Vorbereitung auf ein Hochschulstudium. Alle Schülerinnen und Schüler mit
203 einer Gymnasialempfehlung bis zum Notendurchschnitt von 2,2 sollen
204 bevorzugt in der Wunschscheule aufgenommen werden, bevor das

205 Losverfahren der Schülerlotterie, mit dem derzeit 30 Prozent der Plätze an
206 übernachgefragten Gymnasien vergeben werden, zum Zuge kommt.

207

208 Gymnasien müssen mehr Möglichkeiten bekommen, sich zu profilieren und
209 den bis zum Abitur zu bewältigenden Lernstoff besser strukturieren zu
210 können. Dazu gehört, dass die Jahrgangsstufe 10 der Gymnasien –
211 entsprechend den Vorgaben der Kulturministerkonferenz – als Bestandteil
212 der dreijährigen gymnasialen Oberstufe ausgestaltet und als tatsächliche
213 Vorbereitung für die gymnasiale Oberstufe genutzt wird. Der Mittlere
214 Schulabschluss (MSA) hat sich aufgrund der Bestehensquote von fast
215 100 Prozent der Gymnasiasten sowohl als zeit- und arbeitsintensiv wie auch
216 als überflüssig erwiesen. **Die CDU fordert deshalb, dass für Gymnasiasten
217 die MSA-Prüfung abgeschafft wird und der MSA mit Versetzung in die
218 Jahrgangsstufe 11 automatisch verliehen wird.**

219

220 Viele Eltern, auch von Berliner Gymnasiasten, wünschen für ihre Kinder ein
221 pädagogisch wertvolles **Ganztagsangebot**. Derzeit werden aber nur rund
222 20% der Berliner Gymnasien dafür die Mittel zur Verfügung gestellt. Die
223 CDU Berlin fordert, dass noch in dieser Legislaturperiode alle vorliegenden
224 Anträge von Gymnasien auf Ganztagsbetrieb genehmigt und finanziert
225 werden.

226

227 **5. Qualität und Wissensvermittlung sicherstellen**

228

229 Aus Sicht der Berliner CDU muss die **Qualität des Unterrichts** sichergestellt
230 sein. Dafür ist es unseres Erachtens notwendig, sowohl verbindliche
231 Lernziele und Lerninhalte vorzugeben als auch Leistungskriterien verbindlich
232 zu definieren und anzuwenden. Wir sind gegen weitere Niveauabsenkungen
233 beim Notenspiegel und bei den Prüfungsanforderungen.

234

235 Wir befürworten die Überarbeitung der Rahmenlehrpläne in regelmäßigen
236 Abständen. Allerdings steht für die CDU Berlin fest, dass die mit viel Arbeit
237 für die Berliner Pädagoginnen und Pädagogen verbundene Einführung eines
238 neuen Rahmenlehrplans nur dann sinnvoll ist, wenn sie zu wesentlichen
239 Verbesserungen, also einer **Steigerung der Berufs- und Studierfähigkeit** der

240 Berliner Schülerinnen und Schüler, führt **und diese von der großen**
241 **Mehrheit der Schulpraktiker befürwortet wird.** Die Neufassung von
242 Rahmenlehrplänen sollte als Gelegenheit begriffen werden, die fundierte
243 Wissensvermittlung und die angemessene Ausrichtung der Lehrpläne für die
244 verschiedenen Schulformen zu stärken.

245 Wir sind überzeugt, dass ein gemeinsamer Lehrplan von Klasse 1 bis 10 für
246 Grundschüler und Kinder mit Förderbedarf, für Sekundarschüler und
247 Gymnasiasten die individuellen Bedürfnisse und Leistungsfähigkeiten
248 unserer Kinder ignoriert.

249
250 Wir als Berliner CDU wollen, dass unsere Kinder zu mündigen, historisch
251 bewussten, urteilsfähigen und werteorientierten Mitgliedern unserer
252 Gesellschaft heranreifen. Wir glauben daher, dass in einer wertebewussten
253 Gesellschaft und Demokratie verbindliche Lerninhalte festgelegt und aus
254 Gründen der Chancengerechtigkeit und Vergleichbarkeit verbindliche
255 Standards und Leistungskriterien gesetzt werden müssen. Die von der
256 Senatsverwaltung für Bildung im neuen Rahmenlehrplan vorgesehene
257 Delegation der Themenauswahl an die einzelnen Schulen bedeutet nicht
258 nur eine zusätzliche große Belastung für die Lehrkräfte, die selbst
259 schuleigene Curricula erstellen müssen, sie wird Kindern auch den
260 Schulwechsel innerhalb Berlins deutlich erschweren.

261
262 Vor diesem Hintergrund spricht sich die CDU Berlin dafür aus, den
263 Anhörungszeitraum für den neuen Rahmenlehrplan bis zum Beginn der
264 Sommerferien zu verlängern, um die Meinungen der Schulpraktiker,
265 Verbandsvertreter, Eltern und Schüler in adäquater Weise in den laufenden
266 Prozess einbeziehen zu können.

267
268 Die CDU Berlin verfolgt den Anspruch, dass den Schülerinnen und Schülern
269 in Berlin ein **solides und strukturiertes geschichtliches Wissen** vermittelt
270 wird. In dieser Hinsicht erschließen sich der CDU wie auch den
271 entsprechenden Verbandsvertretern und Fachlehrern die Vorteile der von
272 der Senatsverwaltung für Bildung geplanten Zusammenlegung der Fächer
273 Geschichte, Geographie und Sozialkunde zum neuen Fach „Gewi“ in den

274 Klassen 5 und 6 sowie das Abgehen von der chronologisch-genealogischen
275 Methode in den Klassen 7 und 8 nicht.

276 Mit der Einrichtung von Sammelfächern wie Gesellschaftswissenschaften
277 „Gwi“ und Naturwissenschaften „NaWi“ (Biologie; Chemie, Physik und
278 Astronomie in einem Sammelfach) wird darüber hinaus eine problematische
279 Entwicklung fortgesetzt, die zur Aufhebung des Fachlehrerprinzips führt.
280 Lehrerinnen und Lehrer mit fachwissenschaftlicher Ausbildung in nur einem
281 Fach sollen nun mehrere Fächer unterrichten; der Fachunterricht ist damit
282 auf ein Drittel bis ein Viertel reduziert. Guter Fachunterricht darf nicht zum
283 Glücksspiel werden. Die weitere Einführung von Sammelfächern lehnt die
284 CDU Berlin daher entschieden ab.

285
286 Der Auftrag der Schule besteht in Wissensvermittlung und Erziehung.
287 Gerade junge Menschen in Metropolen wie Berlin brauchen heute Werte und
288 soziale Tugenden, um ihr Leben erfolgreich zu meistern. Auch die
289 Bereitschaft vieler Menschen in unserer Stadt, für sich und andere
290 Verantwortung zu übernehmen und Gemeinsinn zu zeigen, gründet in der
291 Orientierung an Werten, die häufig Ausdruck einer persönlichen
292 Glaubensüberzeugung und Weltanschauung sind. Insofern leisten die
293 Kirchen und Religionsgemeinschaften einen wichtigen Beitrag für unser
294 Gemeinwesen insgesamt. Daher sprechen wir uns dafür aus, dass der
295 Religions- und Weltanschauungsunterricht seinen festen Platz in der Schule
296 hat und fordern die Einführung eines Wahlpflichtbereichs Ethik/Religion in
297 staatlicher Verantwortung für alle Klassenstufen. Dabei ist die Möglichkeit
298 der Einführung eines flächendeckenden Islamunterrichts unter staatlicher
299 Verantwortung zu prüfen. Als konkrete nächste Schritte fordern wir die
300 Senatswissenschaftsverwaltung auf, wie im Koalitionsvertrag vereinbart,
301 einen Lehrstuhl für islamische Theologie zur Ausbildung von
302 Islamkundefachlehrern einzurichten und den bestehenden Ethikunterricht in
303 verantwortungsvoller Zusammenarbeit mit den Glaubens- und
304 Religionsgemeinschaften inhaltlich fortzuentwickeln und stärker
305 religionskundlich auszurichten.

306

307 6. Fachlehrermangel anpacken

308

309 Die Grundlage für guten Unterricht und Schulerfolge unserer Kinder sind gut
310 ausgebildete und motivierte Lehrkräfte. Berlin verfügt über eine sehr
311 heterogene Schülerschaft und benötigt daher besonders motivierte
312 Lehrerinnen und Lehrer. Deshalb müssen einerseits die Lehrbedingungen
313 verbessert und andererseits der Lehrerberuf in Berlin attraktiv gemacht
314 werden.

315

316 Die CDU sieht neben der Gewährleistung von den für Lehren und Lernen
317 förderlichen baulichen Bedingungen die Übertragung von mehr
318 Entscheidungsspielraum bei Personal und Sachmitteln, eine bessere
319 Vergütung von Leitungsaufgaben, eine Professionalisierung der
320 Personalentwicklung und eine bessere Gesundheitsvorsorge als notwendig
321 an.

322

323 Die Lücke in der Besoldung zum Durchschnitt anderer Landesbeamten muss
324 Schritt für Schritt im Einklang mit den Möglichkeiten des Berliner
325 Landeshaushalts geschlossen werden. Vor allem muss der
326 Wettbewerbsnachteil, den Berlin durch die Entscheidung gegen die
327 **Verbeamtung** von Lehrkräften Jahr für Jahr erleidet, endlich abgeschafft
328 werden. Sonst wird Berlin weiterhin stark auf Absolventinnen und
329 Absolventen angewiesen bleiben, die im Zuge der Bestenauslese in anderen
330 Bundesländern keine Anstellung gefunden haben bzw. wird es sich weiterhin
331 auf Personen stützen müssen, die keine vollständige pädagogische
332 Ausbildung durchlaufen haben. Damit die durch die Verbeamtung
333 entstehenden Lasten nicht den zukünftigen Generationen aufgebürdet
334 werden, setzt sich die CDU für die Schaffung eines Pensionsfonds für
335 Lehrerinnen und Lehrern ein.

336

337 Gleichzeitig glauben wir, dass die Ungleichbehandlung in den
338 Lehrerzimmern endlich abgeschafft werden muss. Wir halten es für
339 problematisch, dass es in Berlin beispielsweise nicht nur Unterschiede in der
340 Vergütung zwischen den verbeamteten und angestellten Berliner

341 Lehrerinnen und Lehrern gibt, sondern zusätzlich auch zwischen jenen, die
342 aus anderen Bundesländern angeworben wurden.

343

344 Außerdem müssen wir dringend das Interesse bei jungen Menschen am
345 Lehrberuf fördern. Den zum Teil gravierenden Fachlehrermangel in Berlin,
346 aber auch bundesweit, vor allem in den naturwissenschaftlichen Fächern, will
347 die CDU Berlin mit einer **Initiative „Fachlehrer für Berlin“** begegnen. Dieses
348 Programm soll beispielsweise über ein Stipendium Anreize bieten, ein
349 Lehramtsstudium in Mangelfächern an einer Berliner Hochschule
350 aufzunehmen und anschließend im Berliner Schuldienst zu verbleiben.

351

352 **7. Weitere Maßnahmen**

353

354 Der Fokus der Berliner Bildungspolitik sollte weniger auf eine ständige
355 Erhöhung der Abiturientenzahlen gerichtet sein, sondern stärker auf die
356 Senkung der hohen Schulabbrecherquoten und auf die **berufliche Bildung**
357 **als einem attraktiven und lukrativen Bildungsangebot** gelenkt werden. In
358 den wirtschaftlich und bildungspolitisch erfolgreichen Bundesländern
359 werden höhere Bildungsabschlüsse oft schrittweise und in Verbindung mit
360 Ausbildungs- und Arbeitsverhältnissen erworben, was Jugendlichen klare und
361 stabile Perspektiven gibt. Die CDU Berlin spricht sich dafür aus, die
362 bestehenden Strukturen des dualen Lernens und der beruflichen
363 Orientierung auf ihre Effizienz und Zielorientierung hin zu überprüfen und
364 sie grundsätzlich zu stärken.

365

366 **Digitales Lernen** ist ein Zukunftsfeld, das für die Berliner Schulen
367 erschlossen werden muss. Digitale Kompetenzen werden eine entscheidende
368 Rolle dabei spielen, wie Deutschlands Wirtschaft in 20 Jahren im
369 internationalen Vergleich dasteht. Die Berliner Kinder wachsen heute mit
370 völlig neuen Zugängen zu Wissen auf und diese neuen Zugänge zum Wissen
371 müssen auch Einzug in den Unterricht erhalten. Deshalb sollten die
372 Möglichkeiten und Chancen des digitalen Lernens Bestandteil der
373 Lehrerausbildung werden und eine Qualifizierungsoffensive für diesen
374 Bereich entwickelt und gestartet werden. Dabei ist die Sensibilisierung der
375 Kinder für den Umgang mit sozialen Netzwerken und den dauerhaften

376 Verbleib einmal eingegebener Informationen im Internet eine zentrale
377 Aufgabe, der sich die Schulen stellen müssen. Ziel muss sein, dass jede
378 Schülerin und jeder Schüler eine digitale Selbständigkeit ausbildet, um an
379 den Möglichkeiten und Ausgestaltungen der sich immer weiter
380 entwickelnden digitalen Gesellschaft partizipieren zu können.

381

382 Die CDU Berlin steht für die **Beibehaltung der Schulnoten**. Motivation und
383 Leistungsbereitschaft sind der Schlüssel zu sozialem und wirtschaftlichem
384 Erfolg, Konkurrenz erleben Schülerinnen und Schüler spätestens bei der
385 Arbeitsplatzsuche. Verantwortungsvoll konzipierte und vergebene
386 Schulnoten spiegeln den Leistungsstand anhand greifbarer und
387 vergleichbarer Kriterien wider und geben verlässliche Rückmeldungen über
388 den Leistungsstand.

389

390 Die Berliner CDU sieht Kooperationsnotwendigkeit zwischen Bund und
391 Ländern vor allem im Bereich der Setzung von Standards und der
392 Vergleichbarkeit bspw. von Abschlussprüfungen oder der Lehrerausbildung.
393 Der Bereich **Inklusion** bietet sich ebenfalls für eine **stärkere Kooperation**
394 **zwischen Bund und Ländern** an, um ebenfalls bundesweit Standards
395 sicherstellen zu können.

396

397 Wie alle modernen Gesellschaften entwickelt sich auch Deutschland immer
398 stärker zu einer „Wissensgesellschaft“, in der Bildung zur unabdingbaren
399 Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe und sozialen Aufstieg wird. Deshalb
400 wollen wir jedem Menschen seine individuell beste Bildung ermöglichen und
401 Deutschland zur Bildungsrepublik machen.

402

403 Die Bildungsrepublik zu errichten, ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, die
404 Bund und Länder nur gemeinsam erfolgreich bewältigen werden. Die
405 Kooperation funktioniert im Hochschulbereich und bei der Finanzierung von
406 Kita-Plätzen bereits gut. Jedoch fehlt noch immer ein institutionalisierter
407 Rahmen, um eine regelmäßige Kooperation zwischen den föderalen
408 Handelnden auf allen Ebenen dauerhaft sicherzustellen.

409

410 Als Beitrag zur Herstellung von mehr Übersichtlichkeit im Bildungssystem
411 schlägt die CDU vor, die „Integrierten Sekundarschulen“ in den in mehreren
412 anderen Bundesländern üblichen Begriff „**Oberschulen**“ umzubenennen.
413

BESCHLUSSVORLAGE